

Ländervergleich Praxischeck - Schwierigkeiten für Investoren

Vergleichen Sie hier die Praxis nach Ländern, die Sie mit dem Suchfilter am rechten Seitenrand auswählen können.

Übersicht

[Argentinien ist noch wenig wettbewerbsfähig](#)

[Deutsche Firmen setzen in der Türkei auf eigene Ausbildungsprogramme](#)

[Fachkräftesuche in den USA als Hindernis](#)

[Frankreich: Unternehmen fordern Flexibilisierung der Arbeit](#)

[Indien: Bürokratie und Fachkräftemangel als größte Hürden](#)

[Konkurrenz durch chinesische Firmen immer bedeutender](#)

[Polen: Mehrwertsteuerrückerstattung beschleunigt](#)

[Tschechien: Fachkräfte werden knapp](#)

[US-Sanktionen verunsichern deutsche Unternehmen in Russland](#)

[Vertrauensverlust lähmt Südafrika](#)

Argentinien ist noch wenig wettbewerbsfähig

Die AHK Buenos Aires hat Mitte 2017, basierend auf einer Umfrage unter den Mitgliedsunternehmen, zahlreiche Probleme (nicht nur) deutscher Unternehmen identifiziert und - in Zusammenarbeit mit Germany Trade & Invest - [Lösungsvorschläge](#) ▶ unterbreitet. Unternehmen berichten, dass sich der Umgang mit den Behörden in Ton und Form unter der Macri-Regierung deutlich verbessert hat, inhaltlich aber vielfach noch die gleichen Probleme wie zuvor existieren. Angesichts der oft noch großen administrativen Hindernisse ist die Zusammenarbeit mit einheimischen Partnern meist unerlässlich.

Die Kosten für die Unternehmen sind sehr hoch. Die argentinische Handelskammer CAC hat dazu im August 2017 eine detaillierte Studie („[Costo Argentino](#)“ ▶) in verschiedenen Sektoren veröffentlicht. Hoch sind demnach generell die Arbeitskosten, vor allem die Lohnnebenkosten, und die Steuern. Argentiniens Infrastruktur ist veraltet, die Logistik häufig ineffizient. Gesetzliche und tarifvertragliche Regulierungen treiben die Transportkosten zusätzlich in die Höhe. Allein um Waren aus der Stadt in die Provinz Buenos Aires zu bringen, seien 21 Dokumente erforderlich, klagt der Chef des Verbandes der Nahrungsmittelindustrie (Copal), Daniel Funes Rioja.

Großer Reformbedarf besteht auf dem Arbeitsmarkt. Neben den hohen Kosten wird die geringe Flexibilität kritisiert. Hohe Fehlzeiten sind in vielen Betrieben ein Problem. Veraltete Tarifverträge und Gesetze aus den 70er Jahren bestimmen zum Teil noch immer den institutionellen Rahmen, der oft nicht mehr zu den Anforderungen moderner Technologie passt. Arbeitsrichter entscheiden bei Konflikten im Zweifel grundsätzlich zugunsten des Arbeitnehmers.

Im jüngsten globalen Wettbewerbs-Ranking des World Economic Forum (WEF) hat Argentinien zwölf Positionen gut gemacht, liegt aber immer noch im unteren Drittel der Tabelle. Argentinien liegt zum Teil auch weit hinter Chile, Mexiko, Kolumbien, Peru und Brasilien zurück. Das WEF lobt jüngste Verbesserungen des institutionellen Rahmens. Auch die Qualität des Geschäftsumfeldes, die Effizienz verschiedener Märkte sowie die Innovation und die Anwendung neuer Technologien haben sich zumindest leicht verbessert und deuten auf eine positive Trendwende hin. Seine Anti-Korruptionsgesetzgebung brachte Argentinien auf OECD-Standard, mit einem im November 2017 verabschiedeten Gesetz zur strafrechtlichen Haftung von Unternehmen.

WEF-Länderrating 2017-18, Argentinien (Rang 92 von insgesamt 137 Ländern)

Kriterien 1)	Argentinien	Deutschland
Gesamtrang	92	5
1 Institutionen 2)	113	21
2 Infrastruktur (Infrastructure)	81	10
3 Gesundheit und Grundbildung	64	13
4 Höhere Bildung und Ausbildung	38	15
5 Effizienz der Gütermärkte 3)	133	11
6 Effizienz des Arbeitsmarkts	132	14
7 Entwicklung des Finanzmarkts 4)	121	12
8 Qualität des Geschäftsumfeldes	78	5
9 Korruption 5)	95	10

1) bewertet werden unter anderem: 2) Eigentumsrechte, Unabhängigkeit der Justiz, Auditierung, 3) benötigte Zeit für die Unternehmensgründung, Wettbewerbsintensität, Besteuerung, Zollvorschriften, 4) Beschränkungen der Kapitalströme; 5) Rang (von 176 Ländern) bei Transparency International (TI)

Quellen: World Economic Forum, Global Competitiveness Report; Transparency International

Verschiedene Fördermaßnahmen der Nationalregierung werden auf Provinzebene noch nicht umgesetzt. Das Fördergesetz für KMU (Ley Pyme) etwa wenden bisher nicht alle Provinzen an. Zudem sind nicht alle Fördermaßnahmen gesetzlich geregelt, vieles kann oder muss gar im Einzelfall ausgehandelt werden. In der Regel erfahren Investoren umfassende Unterstützung durch die betroffenen Gemeinden und Provinzregierungen, wie etwa die Bereitstellung von Grundstücken und Infrastruktur oder Steuernachlässe/-kredite. Aber auch das Gegenteil kann der Fall sein. Mitunter werden Investoren von Provinzen und Gemeinden gesondert zur Kasse gebeten, vor allem wenn es um die Ausbeutung von Ressourcen geht, die ortsgebunden sind, etwa im Bergbau oder in der Öl- und Gasförderung.

Aufgrund seiner langen Historie von Krisen und Pleiten gilt Argentinien weiterhin als riskanter Schuldner. Entsprechend treiben hohe Risikoprämien die Finanzierungskosten für Staat und Unternehmen, die deutlich über denen von Nachbarländern liegen. Einige Unternehmen klagen über eine schlechte Zahlungsmoral staatlicher Kunden. Das Einfuhrverfahren hat sich deutlich vereinfacht und beschleunigt, etliche nichttarifäre Handelshemmnisse bestehen jedoch fort.

Text: Carl Moses

Deutsche Firmen setzen in der Türkei auf eigene Ausbildungsprogramme

Trotz der Bemühungen der Regierung, die Bedingungen für Investitionen und Geschäftsaktivitäten zu verbessern, bleibt eine Reihe von Investitionshindernissen in der Praxis bestehen. Die Bürokratie und die Korruption in der öffentlichen Verwaltung haben eine lange Tradition. Managementabteilungen von Firmen müssen schätzungsweise ein Fünftel ihrer Arbeitszeit für die Bewältigung von Problemen aufwenden, die auf die öffentliche Verwaltung zurückzuführen sind.

Der für die Gründung einer Firma notwendige Zeitaufwand konnte inzwischen nach Angaben aus der Wirtschaft bis auf einen Tag reduziert werden. Die Handelskammer Istanbul (Istanbul Ticaret Odasi) wirbt in Zeitungsanzeigen sogar mit einer Firmengründung in sechs Stunden. Für die nach der Gründung folgenden zahlreichen weiteren Schritte bleibt jedoch der zeitliche und bürokratische Aufwand weiterhin beträchtlich. Der letzte „[Doing Business](#)“-Report ▶ der Weltbank für 2017 nennt hierfür sechseinhalb Tage. Auf der Rangliste der Geschäftsbedingungen mit insgesamt 190 Ländern fiel die Türkei gegenüber 2016 von Platz 63 auf Platz 69. Besonders große Hindernisse gibt es bei Baugenehmigungen, Steuern und Insolvenzabwicklungen.

Die von der Weltbank hervorgehobenen Probleme bei der Erwirkung von Baugenehmigungen werden auch von vielen Firmenvertretern bestätigt. Die Baugenehmigung für ein Projekt muss in der Regel bei den Städten beziehungsweise örtlichen Gemeinden beantragt werden. Bekanntlich ist die Korruption auf diesen Verwaltungsebenen am meisten verbreitet. Dieser Umstand kann zu höheren Einstandskosten oder Projektverzögerungen führen. Vereinzelt berichten Unternehmensvertreter auch über unnötige Verzögerungen bei der Zollabwicklung. Dabei wird die Zollfreigabe von Einfuhren wegen angeblich notwendiger Prüfungen zurückgehalten.

Ein weiteres Investitionshindernis ist der Mangel an qualifizierten Fachkräften am türkischen Arbeitsmarkt. Dies gilt insbesondere für Bereiche, in denen höhere Technologien und kompliziertere Produktionsprozesse zum Einsatz kommen. Schwächen in der Berufsausbildung kompensieren Unternehmen oft mit eigenen Initiativen, wie den Ausbildungsprogrammen bei Daimler, MAN, Bosch oder Festo.

Die Schattenwirtschaft hat nach Schätzungen der türkischen Regierung einen Anteil von mehr als 30 Prozent an der gesamtwirtschaftlichen Leistung. Dies führt zu etlichen Unsicherheiten bezüglich der Durchsetzbarkeit rechtlicher Ansprüche und in einigen Fällen zu erheblichen Wettbewerbsverzerrungen am Markt.

Der Global Competitiveness Report des World Economic Forum (WEF) weist der Türkei einen mittleren Rang zu. Schwachpunkt sind vor allem der rigide Arbeitsmarkt, die immer noch in Teilen schwerfällige Bürokratie und das Bildungssystem. Recht gut entwickelt sind dagegen die Gütermärkte. Der ständige Ausbau der Infrastruktur macht sich in der international vergleichenden Bewertung bemerkbar.

WEF-Länderrating 2017 bis 18, Türkei (wirtschaftlicher Rang von insgesamt 137 Ländern)

Kriterien 1)	Türkei	Deutschland
Gesamtrang	53	5
1 Institutionen 2)	71	21
2 Infrastruktur	53	10
3 Gesundheit und Grundbildung	84	13
4 Höhere Bildung und Ausbildung	48	15
5 Effizienz der Gütermärkte 3)	53	11
6 Effizienz des Arbeitsmarkts	127	14
7 Entwicklung des Finanzmarkts 4)	80	12
8 Qualität des Geschäftsumfeldes	67	5
9 Korruption 5)	75	10

1) bewerten unter anderem: 2) Eigentumsrechte, Unabhängigkeit der Justiz, Auditierung, 3) benötigte Zeit für die Unternehmensgründung, Wettbewerbsintensität, Besteuerung, Zollvorschriften, 4) Beschränkungen der Kapitalströme, 5) Rang (von 176 Ländern) bei Transparency International (TI)

Quellen: World Economic Forum; Global Competitiveness Report; Transparency International

Text: Necip C. Bagoglu

02.01.2018

Fachkräftesuche in den USA als Hindernis

Die Suche nach Fachkräften ist eine der Hauptschwierigkeiten deutscher Unternehmen in den USA. Knapp 90 Prozent der GABO-Befragten der AHK gaben an Probleme zu haben, Mitarbeiter mit den gewünschten Kenntnissen einzustellen.

Der deutsche Maschinenbauer Grenzebach mit Sitz in Georgia, der seit fast 30 Jahren in den USA aktiv ist, fand in seinen US-Anfangszeiten wegen der unterschiedlichen Ausbildungssysteme nur schwer ausgebildete Fachar-

beiter. Heute wiederum sind die Firmenmitarbeiter in der Fertigung im Schnitt 47 Jahre alt, was Nachwuchssorgen mit sich bringt. Der Bundesstaat Georgia unterstützt Unternehmen bei der Mitarbeiterqualifikation über seine technischen Colleges mit Qualifizierungsprogrammen, die auf die Unternehmen zugeschnitten sind. Mittlerweile kooperiert Grenzebach mit anderen Unternehmen in der Umgebung und Schulen im Bundesstaat und bildet Schüler zum Industriemechaniker aus. „Das ist die einzige Möglichkeit für uns als mittelständisches Unternehmen, um an Fachkräfte zu kommen“, heißt es bei dem Maschinenbauer. Denn bereits gut ausgebildete Mitarbeiter würden von den großen Unternehmen der Region aufgesogen. Probleme mit lokalen Behörden in Georgia erlebte der Maschinenbauer nicht, der Bundesstaat sei offen für Direktinvestitionen.

Auch die Infrastruktur ist bei der Standortwahl in den USA genau zu beachten, so die Erfahrung von Grenzebach im Hinblick auf die Verkehrsanbindung, insbesondere die Nähe zu einem Flughafen. Der Verband der Bauingenieure ASCE bewertete die Infrastruktur in den USA 2017 weiterhin mit einem niedrigen D+ (Schulnoten A-F), sah zuletzt aber immerhin Verbesserungen, unter anderem bei Häfen und dem Schienenverkehr. Auch im Global Competitiveness Index des Weltwirtschaftsforums (WEF) 2017/18 haben sich die USA gesteigert. Präsident Donald Trump hatte angekündigt, eine Investitionsoffensive im Infrastrukturbereich zu starten und Projektgenehmigungsverfahren zu vereinfachen.

Als Hauptschwierigkeit ihres Geschäfts in den USA gaben die Befragten im Global Competitiveness Index Steuersätze und -regulierung an. Eine umfassende Steuerreform wünschten sich Unternehmen laut Umfragen als Priorität der Regierung. Kurz vor Jahresende 2017 hat Präsident Donald Trump ein Gesetz zu einer umfassenden Steuerreform unterzeichnet. Das Gesetzespaket enthalte Anreize für Konzerne, Investitionen in die USA zu verlagern, so der Bundesverband der Deutschen Industrie. Unter anderem soll der Unternehmenssteuersatz (corporate tax) von 35 auf 21 Prozent sinken. Eine kompakte Übersicht hierzu gibt der GTAI-Bericht ["US-Kongress verabschiedet Steuerreform - Unternehmensteuer wird massiv gesenkt"](#) ▶.

Ein deutlicher Schwachpunkt der USA bleibt das makroökonomische Umfeld, namentlich wegen der Lage bei Verschuldung und Haushaltssaldo. Mit Platz 83 (Vorjahr Platz 71) bleibt die Einstufung beispielsweise deutlich hinter dem Nachbarn Kanada (Platz 47) zurück. Im Gesamtranking sieht das WEF die USA bei der Wettbewerbsfähigkeit indes weit vorne, übertroffen nur von der Schweiz. Die USA profitieren dabei von guten Werten bei Marktgröße, Arbeitsmarkteffizienz, Geschäftsumfeld und auch bei der Innovation, wozu hohe Unternehmensinvestitionen in Forschung und Entwicklung beitragen. Um eine gute Position zu halten, sind laut WEF allerdings Investitionen in Gesundheit und Basisbildung sowie ein besseres makroökonomisches Umfeld nötig.

WEF-Länderrating 2017-18, USA (wirtschaftlicher Rang von insgesamt 137 Ländern)

Kriterien 1)	USA	Deutschland
Gesamtrang	2	5
1 Institutionen 2)	20	21
2 Infrastruktur	9	10
3 Makroökonomisches Umfeld	83	12
4 Gesundheit und Schule	29	13
5 Höhere Bildung und Ausbildung	3	15
6 Effizienz der Gütermärkte 3)	7	11
7 Effizienz des Arbeitsmarkts	3	14
8 Entwicklung des Finanzmarkts 4)	2	12
9 Technologische Reife	6	8
10 Marktgröße	2	5
11 Qualität des Geschäftsumfelds	2	5
12 Innovation	2	5
13 Korruption 5)	18	10

1) bewerten unter anderem: 2) Eigentumsrechte, Unabhängigkeit der Justiz, Auditierung, 3) benötigte Zeit für die Unternehmensgründung, Wettbewerbsintensität, Besteuerung, Zollvorschriften, 4) Beschränkungen der Kapitalströme; 5) Rang (von 176 Ländern) bei Transparency International (TI)

Quellen: World Economic Forum, Global Competitiveness Report; Transparency International

Text: Eva Korfanty-Schiller

02.01.2018

Frankreich: Unternehmen fordern Flexibilisierung der Arbeit

Generell haben deutsche Investoren wenig Probleme bei ihrem Engagement in Frankreich. Geschäftsführer loben schnelle und unbürokratische Gründungsverfahren sowie Offenheit bei den lokalen Behörden für eigene Vorschläge und fühlen sich von den lokalen Anwälten kompetent beraten. Wichtig ist es, den zum Teil stärker als in Deutschland ausgeprägten Formalismus, etwa bei Ausschreibungen, zu beachten.

Schwierig kann es sein, wenn auf die Nutzung örtlicher Dienstleister wie Wirtschaftsprüfer gedrungen wird, diese aber vorrangig mit den französischen Gegebenheiten vertraut sind und nur schlecht auf die Bedürfnisse internationaler Unternehmen eingerichtet sind. Ein weiterer Stolperstein ist trotz einer gewissen Öffnung in den letzten Jahren die Sprache: Ohne Französisch geht es im Allgemeinen nicht. Viele Unternehmen holen sich deshalb im Vorfeld eines Projektes bilinguale Kompetenz ins Haus.

Im Großen und Ganzen stellen deutsche Unternehmen in Frankreich in den letzten Jahren eine deutliche Verbesserung der Geschäftslage fest. Dies zeigte eine breit angelegte Befragung der Deutsch-Französischen Industrie- und Handelskammer (AHK Frankreich) zusammen mit dem Beratungsunternehmen EY im Herbst 2016. Nach Einschätzung der Autoren der Studie ist der Standort attraktiver als er von den Unternehmen wahrgenommen wird. Während die Unternehmen ihre Situation als gut bezeichnen, bewerten sie die gesamtwirtschaftliche Lage Frankreichs als schwierig und die Attraktivität des Landes im europäischen Vergleich als eher gering.

Wesentliche Faktoren für den Erfolg in Frankreich sind für die befragten Unternehmen die Qualität der Produkte und Dienstleistungen, der Kundenservice und wettbewerbsfähige Preise. Als wichtigste Baustellen der französischen Regierung werden zuvorderst eine Flexibilisierung der Arbeit und des Arbeitsrechts genannt - eine Forderung, der die im Frühjahr neu gewählte Regierung Macron nun nachkommt. Ebenfalls als problematisch wird die hohe Steuerlast wahrgenommen. Erschwerend kommt hinzu, dass die Regelungen häufig geändert werden.

In den meisten Kriterien des Länderratings des World Economic Forums WEF schneidet Frankreich etwas schlechter ab als Deutschland, belegt aber im globalen Maßstab eine vergleichbare Position. Die größte Abweichung zeigt sich beim Indikator Effizienz des Arbeitsmarktes. Da dies eines der prioritären Handlungsfelder der neuen Regierung in Paris ist, könnte Frankreich den Rückstand hier in den nächsten Jahren verringern. Die negativere Korruptionswahrnehmung dürfte auf die traditionell engere Verflechtung von Politik und Wirtschaft zurückzuführen sein.

WEF-Länderrating 2017 bis 18, Frankreich (wirtschaftlicher Rang von insgesamt 137 Ländern)

Kriterien 1)	Frankreich	Deutschland
Gesamtrang	22	5
1 Institutionen 2)	31	21
2 Infrastruktur	7	10
3 Gesundheit und Grundbildung	24	13
4 Höhere Bildung und Ausbildung	22	15
5 Effizienz der Gütermärkte 3)	36	11
6 Effizienz des Arbeitsmarkts	56	14
7 Entwicklung des Finanzmarkts 4)	33	12
8 Qualität des Geschäftsumfeldes	16	5
9 Korruption 5)	23	10

1) bewerten unter anderem: 2) Eigentumsrechte, Unabhängigkeit der Justiz, Auditierung, 3) benötigte Zeit für die Unternehmensgründung, Wettbewerbsintensität, Besteuerung, Zollvorschriften, 4) Beschränkungen der Kapitalströme; 5) Rang (von 176 Ländern) bei Transparency International (TI)

Quellen: World Economic Forum; Global Competitiveness Report 2017-18; Transparency International

Text: Marcus Knupp

02.01.2018

Indien: Bürokratie und Fachkräftemangel als größte Hürden

Potenzielle Investoren sollten sich auch der Standortnachteile und -risiken bewusst sein: Strukturelle Probleme werfen weiterhin ihren langen Schatten. Diverse Genehmigungen und bürokratische Erfordernisse bei der Gründung oder Expansion eines Unternehmens behindern die effiziente Projektumsetzung, erwähnten mehrere Geschäftsführer gegenüber GTAI. Die Beschaffung von Land stellt für viele Unternehmen weiterhin ein großes Problem dar.

Wie aus Unternehmenskreisen zu hören ist, gehört der Fachkräftemangel zu einem der größten Herausforderungen für deutsche Unternehmen in Indien. Viele Firmen haben Schwierigkeiten, geeignetes Personal zu finden. Sie fürchten ihr angestrebtes Wachstum in den kommenden Jahren wegen Personalengpässen nicht erreichen zu können. Besonders im technischen Bereich, das heißt in traditionellen Handwerks- und Lehrberufen, ist der Fachkräftemangel sehr hoch und betrifft zahlreiche Industrien.

Aber auch im akademischen Bereich wird die Suche nach qualifiziertem Personal schwieriger. Dies zeigt die Personalsuche deutscher Maschinenbauer. "Obwohl Indien über eine große Anzahl englischsprachiger, junger Ingenieure verfügt, ist ihre `Beschäftigungsfähigkeit` gering", erklärt Rajesh Nath, Managing Director des Verbindungsbüros des Verbands Deutscher Maschinen- und Anlagenbau (VDMA) in Indien. Angaben von deutschen Maschinenproduzenten zufolge müssten Absolventen der Ingenieursstudiengänge in der Regel zwei weitere Jahre im Unternehmen ausgebildet werden, bis sie voll einsatzfähig sind.

Dass Indien als Investitionsstandort Luft nach oben hat, belegt auch der aktuelle Geschäftsklimaindex der auf Indien spezialisierten Unternehmensberatung Wamser und Batra (WB): 29 Prozent der befragten deutschen Unternehmen beurteilen die aktuelle Geschäftslage als gut, 21 Prozent finden sie hingegen schlecht. Ein wenig besser sehen die Prognosen aus: Fast jedes zweite Unternehmen erwartet in den kommenden zwölf Monaten einen günstigeren Geschäftsverlauf. Der IGCC Business Monitor, der Geschäftsklimaindex der AHK, kommt zu ähnlichen Ergebnissen, wenn es um die Aussichten geht. Langfristig wird auch hier von einer Besserung der Geschäftsbedingungen in Indien ausgegangen.

Das World Economic Forum (WEF) sieht Indien bei der Wettbewerbsfähigkeit auf dem Weg der Besserung. Das Land ist ins Mittelfeld aufgestiegen, von Rang 59 (im Report 2012-13) auf Rang 40 von 137 Ländern im Bericht 2017-18. Im Wettlauf der beiden asiatischen Bevölkerungsgiganten Indien und VR China liegt der Subkontinent 13 Plätze hinter China.

Das WEF sieht Infrastrukturmängel als eines der größten Hemmnisse für die Wettbewerbsfähigkeit Indiens. So sei die Infrastruktur in den Bereichen Transport, Energie sowie Information und Kommunikation zumeist unzureichend an die Erfordernisse der Wirtschaft angepasst. Ursache für eine geringe Produktivität seien schlechte Standards bei Bildung und Gesundheitsversorgung. Die Macher der Studie betonen außerdem, dass das makroökonomische Umfeld, die Ineffizienz des Arbeitsmarkts sowie die geringe technologische Reife zu einer schlechten Bewertung geführt haben.

WEF-Länderrating 2017-18, Indien (wirtschaftlicher Rang von insgesamt 137 Ländern)

Kriterien 1)	Indien	Deutschland
Gesamtrang	40	5
1 Institutionen 2)	39	21
2 Infrastruktur	66	10
3 Gesundheit und Grundbildung	91	13
4 Höhere Bildung und Ausbildung	75	15
5 Effizienz der Gütermärkte 3)	56	11
6 Effizienz des Arbeitsmarkts	75	14
7 Entwicklung des Finanzmarkts 4)	42	12
8 Qualität des Geschäftsumfeldes	39	5
9 Korruption 5)	79	10

1) bewerten unter anderem: 2) Eigentumsrechte, Unabhängigkeit der Justiz, Auditierung, 3) benötigte Zeit für die Unternehmensgründung, Wettbewerbsintensität, Besteuerung, Zollvorschriften, 4) Beschränkungen der Kapitalströme; 5) Rang (von 176 Ländern) bei Transparency International (TI)
 Quellen: World Economic Forum, Global Competitiveness Report; Transparency International

Text: Heena Nazir

02.01.2018

Konkurrenz durch chinesische Firmen immer bedeutender

Dass China kein leichter Markt ist, bekam fast jede Firma - vom Konzern bis zum mutigen Kleinunternehmer - irgendwann einmal zu spüren, trotz beeindruckenden Wachstums und mitunter sehr gut laufenden Geschäften. Um hier erfolgreich zu sein, bedarf es guter Vorbereitung, des passenden Produktes, eines langen Atems - und Präsenz, Präsenz, Präsenz. Durchaus berechtigt belegte die Volksrepublik im aktuellen „Ease of Doing Business Index“ der Weltbankgruppe unter 190 Ländern lediglich Platz 78 (Deutschland: 20).

Neuerdings erschwert jedoch eine Vielzahl weiterer Faktoren die Geschäftstätigkeit: So will die Politik das Land in eine High-Tech-Nation umformen und forciert mit Programmen wie „Made in China 2025“ die Entwicklung eigener „Global Player“. In der Folge dürften die Reibungspunkte mit bestehenden Wettbewerbern sowohl auf dem Binnenmarkt als auch international zunehmen. Zugleich tut sich die Regierung schwer, die angekündigten Neuerungen hin zu mehr Marktöffnung umzusetzen.

Ausländische Unternehmen sehen sich derweil immer innovativeren lokalen Wettbewerbern gegenüber. Bei der jüngsten „Business-Confidence“-Umfrage der Deutschen Handelskammer in China 2016 nannten 67 Prozent der befragten Firmen die einheimische Konkurrenz als wichtiges Problem. Und 35 Prozent hielten es für wahrscheinlich oder sogar sehr wahrscheinlich, dass ein chinesischer Wettbewerber innerhalb der nächsten fünf Jahre in ihrer jeweiligen Branche die Innovationsführerschaft übernimmt.

Bei der Geschäftsklima-Umfrage der European Union Chamber of Commerce in China im Frühjahr 2017 erwartete über die Hälfte der befragten Unternehmen, dass lokale Firmen in der Lage seien, die Innovationslücke zum internationalen Wettbewerb bis 2020 zu schließen. Vor diesem Hintergrund wirkt sich umso gravierender aus, dass sich nur 36 Prozent im Vergleich zum lokalen Wettbewerb als gleichbehandelt fühlten, aber 54 Prozent angaben, von Seiten der Politik diskriminiert zu werden.

„Wo sonst wird so strikt nach lokalen Firmen und Unternehmen mit ausländischer Kapitalbeteiligung unterschieden?“, fragt eine deutsche Führungskraft. Bei allem Verständnis für den Wunsch der chinesischen Seite, die eigene Wirtschaft voranzubringen, müsse den Firmen doch „die Luft zum Atmen“ gelassen werden.

Vor diesem Hintergrund häufen sich Einzelbeschwerden über nichttarifäre Handelshemmnisse wie den erzwungenen Tausch von Genehmigungen gegen Technologie. Auch sonst sind die Spielräume der Behörden groß. Unternehmervertreter klagen über verzögerte Produktzulassungen, das lange Aufhalten von Ware beim Zoll, Local-Content-Empfehlungen, das Ignorieren von Schiedsgerichtsurteilen, die Nicht-Übernahme oder Nicht-Anerkennung internationaler Normen oder schärfere/engmaschigere Kontrollen beispielsweise im Umweltbereich als bei lokalen Firmen am Standort.

Dessen ungeachtet zieht China allein wegen seiner Marktgröße weiterhin deutsche und andere internationale Investoren an. Selbst bei nachlassender Dynamik wächst die Wirtschaft in absoluten Zahlen stark. Darüber hinaus besteht für viele Produkte großer Nachholbedarf.

WEF-Länderrating 2017-18, VR China (Rang von insgesamt 137 Ländern)

Kriterien 1)	VR China	Deutschland
Gesamtrang	27	5
1 Institutionen 2)	41	21
2 Infrastruktur (Infrastructure)	46	10
3 Gesundheit und Grundbildung	40	13
4 Höhere Bildung und Ausbildung	47	15
5 Effizienz der Gütermärkte 3)	46	11
6 Effizienz des Arbeitsmarkts	38	14
7 Entwicklung des Finanzmarkts 4)	48	12
8 Qualität des Geschäftsumfeldes	33	5
9 Korruption 5)	79	10

1) bewertet werden unter anderem: 2) Eigentumsrechte, Unabhängigkeit der Justiz, Auditierung, 3) benötigte Zeit für die Unternehmensgründung, Wettbewerbsintensität, Besteuerung, Zollvorschriften, 4) Beschränkungen der Kapitalströme; 5) Rang (von 176 Ländern) bei Transparency International (TI)

Quellen: World Economic Forum, Global Competitiveness Report; Transparency International

Text: Stefanie Schmitt und Corinne Abele

02.01.2018

Polen: Mehrwertsteuerrückerstattung beschleunigt

Trotz der im regionalen Vergleich überdurchschnittlichen Zufriedenheit mit den Fachkräften und ihrer Verfügbarkeit wird dieser Aspekt immer mehr zum Problem für Unternehmen in Polen. Laut dem Statistischen Hauptamt waren Ende 2016 nahezu 78.000 Stellen unbesetzt. Alleine im 1. Halbjahr wurden mit knapp 177.000 nahezu 56 Prozent mehr Erlaubnisse für ausländische Industriearbeiter und Handwerker beantragt. Bei Maschinenführern hat sich die Anzahl der Anträge im gleichen Zeitraum mehr als verdoppelt.

Das deutet auf ein seit Jahren nicht angegangenes Manko Polens. Gehört die Qualität des Hochschulwesens zu den größten Vorteilen des Landes und findet um die Hälfte mehr Zuspruch als im MOE-Durchschnitt, sind weniger als 30 Prozent der von den AHK befragten Unternehmer zufrieden mit der Qualität der Berufsbildung. Eine Reform des Schulwesens soll diese daher ab Herbst 2017 effizienter und marktnäher gestalten. Eventuelle Früchte werden aber frühestens im nächsten Jahrzehnt sichtbar sein.

Wie lange Unternehmen auf eine effizientere Steuerverwaltung und ein einfacheres Steuersystem werden warten müssen, ist offen. Zurzeit ist die Regierung eher damit beschäftigt, steuerliche Schlupflöcher zu stopfen, was für Firmen zusätzliche Formalitäten und Kosten verursacht. Zunächst wurde die sogenannte einheitliche Kontrolldatei eingeführt. Dabei handelt es sich um ein System, das die monatliche, digitale Erfassung von Transaktionsinformationen erzwingt. Große Unternehmen hatten lediglich einige Monate Zeit, um ihre Buchhaltungsstrukturen und -systeme an die neuen Vorgaben anzupassen, Mittelständler kaum mehr als ein halbes Jahr.

Wenig Vorlaufzeit wurde ebenfalls bei der Anweisung gewährt, Zahlungen im Wert von über 3.500 Euro im B2B-Verkehr nur noch per Überweisung zu tätigen. Weitere Maßnahmen beinhalteten das Reverse-Charge-Verfahren in der Bauwirtschaft oder in einigen anderen Branchen das sogenannte Split Payment, nach dem der Nettobetrag sowie die Steuer auf zwei separate Konten eingezahlt werden müssen.

Immerhin haben sich die Verfahren zur Mehrwertsteuerrückerstattung im Inlandverkehr beschleunigt: Im 1. Halbjahr 2017 warteten Unternehmen durchschnittlich 39 Tage auf die Rückzahlung, vier Tage weniger als im selben Vorjahreszeitraum. Vom Ausland beantragte Rückerstattungen dauern jedoch länger: Laut der AHK Polen, die deutsche Unternehmen bei dem Prozess unterstützt, müssen durchschnittlich drei bis sechs Monate Geduld aufgebracht werden.

WEF-Länderrating 2017 bis 2018, Polen (wirtschaftlicher Rang von insgesamt 137 Ländern)

Kriterien 1)	Polen	Deutschland
Gesamtrang	39	5
1 Institutionen 2)	72	21
2 Infrastruktur	44	10
3 Gesundheit und Grundbildung	38	13
4 Höhere Bildung und Ausbildung	40	15
5 Effizienz der Gütermärkte 3)	45	11
6 Effizienz des Arbeitsmarkts	78	14
7 Entwicklung des Finanzmarkts 4)	53	12
8 Qualität des Geschäftsumfeldes	57	5
9 Korruption 5)	29	10

1) bewerten unter anderem: 2) Eigentumsrechte, Unabhängigkeit der Justiz, Auditierung, 3) benötigte Zeit für die Unternehmensgründung, Wettbewerbsintensität, Besteuerung, Zollvorschriften, 4) Beschränkungen der Kapitalströme, 5) Rang (von 176 Ländern) bei Transparency International (TI)

Quellen: World Economic Forum, Global Competitiveness Report; Transparency International

Das World Economic Forum bewertet in seinem Konkurrenzfähigkeitsranking die polnischen Institutionen als globales Mittelmaß. Insgesamt geht es für Deutschlands östlichen Nachbar aber kontinuierlich aufwärts: Im Ranking 2016 bis 2017 kletterte Polen insgesamt um fünf Plätze nach oben auf Rang 36. Die stärksten Aufstiegs-treiber der letzten Jahre waren Infrastruktur und Wirtschaftskonjunktur. Abstriche mussten bei der Entwicklung des Finanzmarktes gemacht werden.

Große Fortschritte machte Polen hingegen im Hinblick auf die Korruptionsbekämpfung. Im mittelosteuropäischen Vergleich schneidet lediglich Estland im Korruptionsindex von Transparency International besser ab. Auch einige westeuropäische Wirtschaften, wie Spanien, Portugal oder Italien, schnitten beim Korruptionsindex schlechter ab als Polen.

Text: Michal Wozniak

Tschechien: Fachkräfte werden knapp

Das drängendste Problem in Tschechien ist der Personalmangel. „Wir finden keine Arbeitskräfte mehr“, erklärt Uwe Hengstermann, Geschäftsführer bei Borgers CS. Der deutsche Kfz-Zulieferer produziert an vier Standorten im Land textile Verkleidungen für Fahrzeuge. Wegen der Flaute am Arbeitsmarkt musste das Unternehmen bereits Aufträge ablehnen. „Würden wir nochmals vor der Standortentscheidung stehen, dann wäre Tschechien unter den aktuellen Voraussetzungen nicht mehr unsere erste Wahl“, so Hengstermann.

Nach seiner Einschätzung führen die schnell steigenden Lohnkosten dazu, dass die Kostenvorteile gegenüber Deutschland gering seien. Unter anderem, weil die Firmen in Wohnraum oder Busverbindungen für die Beschäftigten investieren müssen. Wegen der Nähe zu wichtigen Abnehmern in der Automobilindustrie bleibt Borgers aber in Tschechien. Für 2018 plant das Unternehmen Millioneninvestitionen in die Automatisierung seiner tschechischen Werke.

Ähnliche Probleme hat das fränkische Logistikunternehmen Geis. „Es wird immer schwerer, Fachkräfte und Lkw-Fahrer zu rekrutieren“, sagt Thomas Gaßmann, Geschäftsführer von Geis CZ. Bislang sei die Verfügbarkeit gut qualifizierter Arbeitskräfte ein Standortvorteil gewesen. Das ändere sich jetzt ins Gegenteil. Dennoch expandiert Geis in Tschechien. „Wir sehen hier großes Wachstumspotenzial. Gerade die deutsche Wirtschaft investiert stark, sodass Bedarf für Logistikdienstleistungen entsteht“, so Gaßmann.

Zu den Vorteilen des Marktes gehörten die günstigen Steuersätze und die Möglichkeit, Fördermittel für Investitionen zu beantragen. Zu den Negativfaktoren zählt Gaßmann die nachlassende Qualität der Infrastruktur („Polen und die Slowakei haben hier mächtig aufgeholt“) und die teilweise schwerfällige Bürokratie, besonders bei Baugenehmigungen.

Bei der jährlichen Konjunkturumfrage der Deutsch-Tschechischen Industrie- und Handelskammer nennen deutsche Unternehmen als beste Standortfaktoren regelmäßig die EU-Mitgliedschaft sowie die Qualität und Verfügbarkeit lokaler Zulieferer. Bei der Umfrage im Frühjahr 2017 kamen die Berechenbarkeit der Wirtschaftspolitik und die Zahlungsdisziplin als Pluspunkte hinzu. Erstmals nicht mehr unter den positiven Faktoren war die Verfügbarkeit von Fachkräften. Der Personalmangel ist ein Standortnachteil neben dem praxisfernen Berufsbildungssystem, der unzureichenden Transparenz der öffentlichen Vergabe, dem Steuersystem und den Finanzbehörden sowie der mangelnden Bekämpfung von Korruption und Kriminalität.

Im Global Competitiveness Report des World Economic Forum (WEF) ist Tschechien neben Estland die bestplatzierte Volkswirtschaft im Osten Europas. Im Index für 2017/18 rangiert das Land wie in den beiden Vorjahren auf Platz 31. Die anderen Visegrad-Staaten Polen (39), Slowakei (59) und Ungarn (60) schneiden schlechter ab.

Gute Noten vergibt das WEF zu Recht an Tschechien für das positive makroökonomische Umfeld, den stabilen Finanzmarkt und die Hochschulausbildung. Besonders kritisiert werden der Gesetzesrahmen für Streitbeilegung, die fehlende Transparenz politischer Entscheidungsprozesse und die komplizierten Regelungen für die Beschäftigung von Arbeitskräften.

WEF-Länderrating 2017 bis 2018, Tschechische Republik (wirtschaftlicher Rang von insgesamt 137 Ländern)

Kriterien 1)	Tschechische Republik	Deutschland
Gesamtrang	31	5
1 Institutionen 2)	52	21
2 Infrastruktur	49	10
3 Gesundheit und Grundbildung	23	13
4 Höhere Bildung und Ausbildung	27	15
5 Effizienz der Gütermärkte 3)	38	11
6 Effizienz des Arbeitsmarkts	41	14
7 Entwicklung des Finanzmarkts 4)	23	12
8 Qualität des Geschäftsumfeldes	30	5
9 Korruption 5)	47	10

1) bewerten unter anderem; 2) Eigentumsrechte, Unabhängigkeit der Justiz, Auditierung; 3) benötigte Zeit für die Unternehmensgründung, Wettbewerbsintensität, Besteuerung, Zollvorschriften; 4) Beschränkungen der Kapitalströme; 5) Rang (von 176 Ländern) bei Transparency International (TI)

Quellen: World Economic Forum - Global Competitiveness Report; Transparency International

Text: Gerit Schulze

02.01.2018

US-Sanktionen verunsichern deutsche Unternehmen in Russland

Trotz aller Bemühungen der russischen Regierung, gute Bedingungen für Investoren zu schaffen, stehen diese oftmals vor spezifischen Herausforderungen. Dauerbrenner sind dabei eine überbordende Bürokratie, ungleiche Spielregeln beim Zugang zu staatlichen Ausschreibungen, administrative Hürden und Korruption.

Das Zentrum für Strategische Forschungen fand heraus, dass 80 Prozent aller Staatsaufträge an einen kleinen Kreis von Bietern vergeben werden. Unter diesen knapp 3 Prozent der russischen Unternehmen finden sich vor

allem Großkonzerne wie Gazprom und Rostelekom. Der Leiter der Agentur MSP, Alexander Bravermann, sprach sich dafür aus, dass kleine und mittelständische Unternehmen die Kosten für eine freiwillige Zertifizierung übernehmen müssen, wenn sie an staatliche Großkunden liefern wollen. Dieser Vorschlag dürfte es Mittelständlern noch weiter erschweren, an Staatsaufträge zu kommen. Ein Zertifikat kostet durchschnittlich etwa 7.000 Euro pro Produkt.

Ganz praktische Herausforderungen erwarten Investoren in Ministerien. Falk Tischendorf, Leiter des Moskauer Büros der Kanzlei Beiten Burkhardt, begleitete mehrere Unternehmen bei Verhandlungen in russische Ministerien, in denen sie mit offenen Armen empfangen werden. Projekte deutscher Investoren stoßen bei den Beamten auf Interesse und erhalten Unterstützung. Dieser positive Eindruck muss dann auf Arbeitsebene in den Ministerien richtig umgesetzt werden. Der Kenntnis von bestehenden Abstimmungsmechanismen und Genehmigungsprozessen innerhalb und zwischen den Ministerien kommt dabei eine besondere Bedeutung zu.

Generell sind die Ministerien sehr bemüht, ausländischen Firmen zu helfen. Das deutsche Unternehmen Schattdecor erhielt in einem Rechtsstreit Unterstützung von einem hohen Beamten der Regierung des Gebiets Moskau. Bei einem Anhörungstermin machte dieser dem Generaldirektor von Schattdecor, Jens Palmen, den Vorschlag, einen Vergleich mit dem Kläger zu schließen. Dabei bot er an, einen Termin zu vereinbaren und zu vermitteln.

Doch nicht immer enden Gerichtsverfahren zum Wohle deutscher Firmen. Korruption und Betrugsfälle trüben das positive Bild der sich verbessernden Rahmenbedingungen, wie der Fall der deutschen Firma Hochtief gegen die Investizionnaya Kompanija Pulkovskaja des Oligarchen Jewgenij Wojtenkow zeigt. Der russische Auftraggeber bezahlte Hochtief nicht nur keine Honorare für die Projektierung eines Autohauses in Sankt Petersburg, sondern verklagte sogar das Management des Baukonzerns. Um sich zu wehren, ging Hochtief an die Öffentlichkeit und schaltete Verbände und die Politik ein.

Zudem hängen die geplanten neuen US-Sanktionen gegen Russland wie ein Damoklesschwert über den Investitionsplänen deutscher Unternehmen. Die Deutsch-Russische Auslandshandelskammer (AHK) führte im August 2017 eine Umfrage unter ihren Mitgliedsunternehmen durch. Die absolute Mehrheit der Teilnehmer betrachtet die US-Sanktionen als Gefahr für die deutsche Wirtschaft in Russland. Vor allem die Frage, welche Projekte konkret von den Sanktionen betroffen sein könnten, verunsichert deutsche Manager in Russland.

Doch es gibt auch positive Entwicklungen. Russland hat sich in der Rangliste des Weltwirtschaftsforums (WEF) mit den wettbewerbsfähigsten Ländern der Welt 2017 von Platz 43 auf 38 (von 137) vorgeschoben. Der Aufstieg um fünf Plätze ist vor allem mit der günstigeren makroökonomischen Situation verbunden.

Die besten Bewertungen erzielt Russland in den Kategorien Marktgröße (6), höhere Bildung (32) und Infrastruktur (35). Schwierigkeiten gibt es nach wie vor bei der hohen Abhängigkeit von Rohstoffexporten, dem schwach entwickelten Bankensektor (107), bei Eigentumsrechten (106), der Unabhängigkeit der Justiz (90) und Korruption. Deutschland erreichte im WEF-Ranking Platz 5.

WEF-Länderrating 2017 bis 2018, Russland (Rang von insgesamt 137 Ländern)

Kriterien 1)	Russland	Deutschland
Gesamtrang	38	5
1 Institutionen 2)	83	21
2 Infrastruktur	35	10
3 Gesundheit und Grundbildung	54	13
4 Höhere Bildung und Ausbildung	32	15
5 Effizienz der Gütermärkte 3)	80	11
6 Effizienz des Arbeitsmarkts	60	14
7 Entwicklung des Finanzmarkts 4)	107	12
8 Qualität des Geschäftsumfeldes	71	5
9 Korruption 5)	131/176	10/176

1) bewerten unter anderem: 2) Eigentumsrechte, Unabhängigkeit der Justiz, Auditierung, 3) benötigte Zeit für die Unternehmensgründung, Wettbewerbsintensität, Besteuerung, Zollvorschriften, 4) Beschränkungen der Kapitalströme, 5) Rang (von 176 Ländern) bei Transparency International (TI)

Quellen: World Economic Forum, Global Competitiveness Report; Transparency International

Zudem erfüllt Russland nach Angaben von Transparency International zwei der 16 Verpflichtungen, die 2016 auf dem Anti-Korruptions-Summit in London beschlossen wurden. Umgesetzt wurden bereits die Open Data Charta und gemeinsame Reporting Standards. Keine Fortschritte sind beim Vorgehen gegen Korruption und bei öffentlichen Ausschreibungen zu verzeichnen.

Im Anti-Korruptions-Index von PwC, der den Grad der Übereinstimmung mit den Anforderungen der Gesetze zur Korruptionsbekämpfung misst, ist Russlands Wert 2017 von 64 auf 68 Prozent gestiegen. Die Verbesserung ist auf die Schaffung eigener Compliance-Abteilungen und die Entwicklung relevanter Richtlinien und Verfahren in russischen Firmen zurückzuführen.

Text: Hans-Jürgen Wittmann

Vertrauensverlust lähmt Südafrika

Die in Südafrika tätigen Unternehmen leiden derzeit unter dem massiven Vertrauensverlust, der die gesamte Wirtschaft des Landes erfasst. Unter Staatspräsident Jacob Zuma kam es in den vergangenen Jahren zu ausufernder Korruption und einer Unterwanderung des Staates durch private Interessengruppen. Berufungen auf Positionen in Ministerien oder Staatsunternehmen erfolgen im Kontext eines großen Patronage-Netzwerkes. Insbesondere der eng mit Zuma befreundete Unternehmerclan der Guptas nutzte die Beziehungen zum Präsidenten, um sich durch Einflussnahme auf staatliche Stellen eine Reihe von Aufträgen zu sichern.

Bei wichtigen Staatsunternehmen wie dem Stromversorger Eskom oder dem Hafen- und Schienenbetreiber Transnet gibt es zahlreiche Korruptionsskandale. Dem Kampf über den Zugang zu staatlichen Ressourcen fielen auch die beiden sehr respektierten Finanzminister Nhlanhla Nene und Pravin Gordhan zum Opfer. Als direkte Folge von deren Absetzung stuften die Agenturen Standard & Poor's und Fitch das Bonitätsranking Südafrikas auf Ramschstatus herab.

Zuma gerät innerhalb der Regierungspartei ANC und in der südafrikanischen Öffentlichkeit immer stärker in die Kritik. In diesem Umfeld fehlt es der Regierung an einer klaren Linie zur Umsetzung wichtiger Strukturreformen. Seit der Amtsübernahme 2009 bis Mitte Oktober 2017 nahm der Präsident 68 Ministerwechsel vor.

In Unternehmenskreisen werden politische Unsicherheit und eine inkonsistente Regierungsführung beklagt. Vollerorts sei es schwierig, auf lange Sicht angelegte, vorausschauende Entscheidungen zu treffen. Der Geschäftsklimaindex der South African Chamber of Commerce & Industry fiel im August 2017 auf den tiefsten Stand seit Mitte der 1980er-Jahre.

Die Bruttoanlageinvestitionen sanken 2016 um real 3,9 Prozent, für 2017 prognostiziert Investec ein Minus von 0,8 Prozent. Gleichzeitig erreichen die Rücklagen der 50 größten an der Johannesburger Börse gelisteten Unternehmen mit 112 Milliarden US\$ neue Rekordwerte, so eine Studie des Centre for Competition Regulation and Economic Development der University of Johannesburg.

Als richtungsweisend galt der ANC-Parteitag im Dezember 2017, auf dem ein neuer Parteivorsitzender als Nachfolger für Jacob Zuma zu wählen war. Der neue Vorsitzende wird auch als ANC-Präsidentschaftskandidat in die Wahl 2019 gehen. Korruptionsgegner formieren sich vor allem um den amtierenden Vizepräsidenten Cyril Ramaphosa.

Im Global Competitiveness Report des World Economic Forum musste Südafrika 2017 einen Absturz um 14 Plätze auf Rang 61 hinnehmen. Dies ist die schlechteste Platzierung seit 2007. Im afrikanischen Vergleich steht Südafrika damit aber noch an dritter Stelle hinter Mauritius und Ruanda. Passend zu den Negativentwicklungen der jüngsten Vergangenheit werden vor allem Korruption, Kriminalität und ein instabiles Regierungsumfeld als Probleme für die Geschäftstätigkeit genannt.

WEF-Länderrating 2017-18, Südafrika (wirtschaftlicher Rang von insgesamt 137 Ländern)

Kriterien 1)	Südafrika	Deutschland
Gesamtrang	61	5
1 Institutionen 2)	76	21
2 Infrastruktur	61	10
3 Gesundheit und Grundbildung	121	13
4 Höhere Bildung und Ausbildung	85	15
5 Effizienz der Gütermärkte 3)	54	11
6 Effizienz des Arbeitsmarkts	93	14
7 Entwicklung des Finanzmarkts 4)	44	12
8 Qualität des Geschäftsumfeldes	37	5
9 Korruption 5)	64	10

1) bewerten unter anderem: 2) Eigentumsrechte, Unabhängigkeit der Justiz, Auditierung, 3) benötigte Zeit für die Unternehmensgründung, Wettbewerbsintensität, Besteuerung, Zollvorschriften, 4) Beschränkungen der Kapitalströme; 5) Rang bei Transparency International (TI)

Quellen: World Economic Forum, Global Competitiveness Report; Transparency International

Während starke und unabhängige Institutionen lange als Standortvorteil Südafrikas galten, werden diese gegenwärtig aus korrupten Regierungskreisen teilweise gezielt angegriffen oder von innen heraus ausgehöhlt. Der Begriff „State Capture“ ist in der politischen Diskussion allgegenwärtig. Deshalb verzeichnet Südafrika gerade in dieser Kategorie den größten Absturz, von Rang 40 im Vorjahr auf Platz 76 im aktuellen Ranking. Positive Noten bekommt die Kaprepublik für den hoch entwickelten Finanzsektor, die Größe des Binnenmarktes sowie die reifen Strukturen in der Privatwirtschaft.

Text: Heiko Stumpf

Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck – auch teilweise – nur mit vorheriger ausdrücklicher Genehmigung. Trotz größtmöglicher Sorgfalt keine Haftung für den Inhalt.

© 2019 Germany Trade & Invest

Gefördert vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages.